

Die US-Kampagne gegen den «Islamischen Staat»

Die US-geführte Operation gegen den sogenannten «Islamischen Staat» in Syrien und Irak ist voller innerer Widersprüche, aber dennoch eine logische Folge der ihr zugrunde liegenden Planungsparameter. Um die Kampagne zu verstehen, gilt es, die Operation in Irak und Syrien separat zu analysieren.

Von Martin Zapfe

Seit dem 8. August 2014 fliegen Kampfflugzeuge der USA Angriffe gegen Ziele des so genannten «Islamischen Staates» (IS) in Irak und Syrien. Zudem entsenden die USA bis zu 3100 Soldaten zur Unterstützung einheimischer Kräfte in den Irak. Die überraschende Offensive des IS seit Juni 2014 hatte ein Eingreifen der USA notwendig gemacht. Der Operation *Inherent Resolve* setzte US-Präsident Barack Obama das anspruchsvolle Ziel, den IS zu schwächen und letztlich zu zerstören.

Die USA stehen nun vor der enormen Herausforderung, den Einsatz militärischer Mittel in ein politisch tragfähiges Gesamtkonzept einzubetten. Entgegen oft geäußelter Kritik ist das bisherige Vorgehen der USA schlüssig. Nur wer bereit wäre, einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Region zu akzeptieren, könnte eine fundamental andere Strategie entwerfen – davor schrecken aus guten Gründen auch die meisten Kritiker des gegenwärtigen Kurses in den USA zurück. Barack Obama versucht, in einem hochkomplexen Umfeld die Kerninteressen der USA zu wahren, ohne einer evolutionären Entwicklung des Mittleren Ostens im Weg zu stehen und sich in einen ungewollten Krieg zu verstricken. Das Grundcharakteristikum des Einsatzes gegen den IS ist jedoch, dass es für den Irak zumindest einen für die meisten Parteien akzeptablen politischen Endzustand gibt, was für Syrien nicht der Fall



Nach US-Luftangriffen auf die syrische Stadt Kobane steigt in der syrisch-türkischen Grenzregion Rauch auf (18. Oktober 2014). Kai Pfaffenbach / Reuters

ist. Daher ist der strategische Nutzen militärischer Gewalt in beiden Ländern getrennt zu analysieren.

Die USA haben seit Beginn der Angriffe klar kommuniziert, dass keine schnellen Ergebnisse zu erwarten seien und der Kampf gegen den IS mehrere Jahre dauern könne. Die US-geführte Koalition in Syrien ist eine Allianz des kleinsten gemeinsamen Nenners. Sie besteht vor allem aus

sunnitisch dominierten arabischen Staaten und hat in Syrien zwar einen gemeinsamen Gegner, aber keine gemeinsame Vision. In Irak wiederum ist der Vormarsch des IS Ausdruck und Katalysator der enormen Fliehkräfte, unter denen das Zweistromland leidet, und die nur schwer einzuhegen sind. Hinzu tritt der Iran, der sowohl in Syrien als auch in Irak elementare Interessen bedroht sieht und zugleich in Nuklearverhandlungen mit der internationalen Ge-

meinschaft steht. Ob angesichts der widersprüchlichen Dynamiken in der Region das politisch-militärische Handeln der USA erfolgreich sein kann, bleibt somit mehr als fraglich.

Die Operation Inherent Resolve

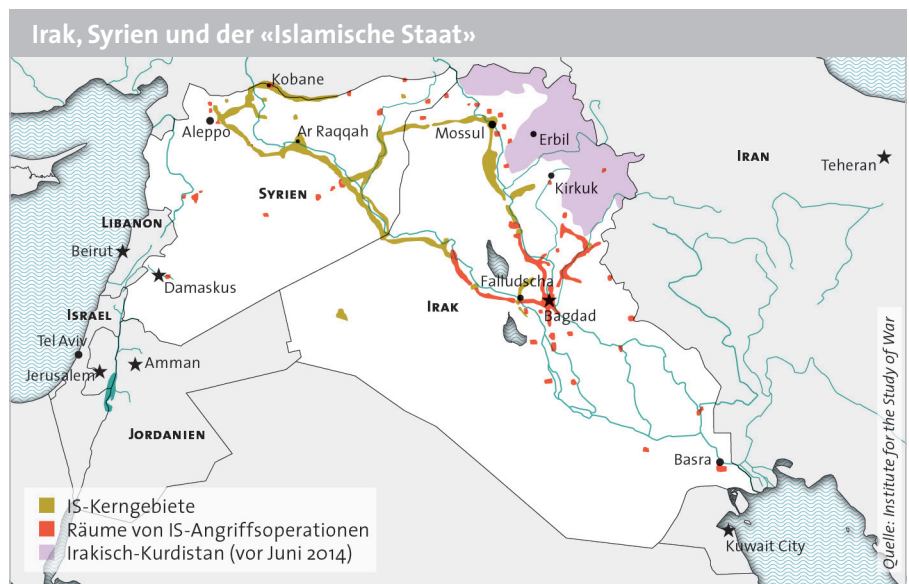
So überraschend die handstreichartige Besetzung der irakischen Millionenstadt Mossul durch Kämpfer des IS im Juni 2014 war, so eng ist der Aufstieg des IS mit dem Irakkrieg von 2003 verbunden. Während der gesamten Besatzungszeit durch die USA in unterschiedlichem Masse aktiv, ist die Organisation nach dem Abzug der USA aus dem Irak und dem Beginn des syrischen Bürgerkrieges im Jahr 2011 gewachsen und hatte im Frühjahr 2014 bereits Gebiete und Städte in beiden Staaten kontrolliert. Aber erst nachdem die Kräfte des IS nicht nur in Syrien und in sunnitischen Kerngebieten des Irak operierten, sondern unmittelbar die kurdische Hauptstadt Erbil bedrohten und sich auf ihrem Vormarsch ein Massaker an religiösen Minderheiten abzeichnete, entschlossen sich die USA zum militärischen Eingreifen.

Am 8. August 2014 ermächtigte Obama das zuständige Regionalkommando zu Luftangriffen auf Ziele in Irak und Syrien. Zugleich verkündete er die Entsendung von Militärberatern und Soldaten zum Schutz amerikanischer Einrichtungen in den Irak. Insgesamt sollen bis zu 3100 Soldaten in den Irak beordert werden. Bisher hat Obama zwar wiederholt ausgeschlossen, dass amerikanische Bodentruppen aktiv an den Kämpfen teilnehmen; diese Festlegung ist jedoch naturgemäss unscharf: So sollen Militärberater die iraki-

Die Luftangriffe haben dem IS einen Teil der Initiative entzogen.

sche Armee im Feld begleiten, auf der Ebene der Brigade aufwärts beraten und zweifelsohne zur Koordination der irakischen Aktivitäten mit den US-Luftstreitkräften dienen.

Die US-Luftangriffe scheinen im Rahmen der politisch-strategischen Zwänge effektiv. Sie waren entscheidend bei der Verteidigung von Erbil und der Rückeroberung des vitalen Mossul-Staudamms. Zudem war es wohl nur durch sie möglich, die heftig umkämpfte kurdische Stadt Kobane (auf Arabisch: *Ain al-Arab*) in Syrien vorerst gegen die heftigen Angriffe des IS zu halten. Die



Angriffe zwangen den IS zudem, sein operatives Vorgehen und seine Logistik anzupassen. Offene und raumgreifende Offensivoperationen, wie sie den Sommer 2014 in Irak prägten, sind nunmehr enorm erschwert. Zudem scheint ein bedeutender Teil der ökonomischen Basis des IS, der Schmuggel von Öl, erheblich eingeschränkt zu sein. Die Luftangriffe haben dem IS einen Teil der Initiative entzogen.

Die USA konzentrieren sich Berichten zufolge nun auf die Planung und Vorbereitung einer militärischen Offensive zur Wiedergewinnung eines grossen Teils des vom IS gewonnenen Territoriums bis Ende 2015. Dazu sollen in regionalen Trainingszentren neue irakische Einheiten sowohl der regulären Armee als auch der kurdischen Peschmerga und der sunnitischen Nationalgarden ausgebildet und beraten werden. US-Berater sollen diese Einheiten dann im Einsatz begleiten und helfen, die Operationen zu koordinieren und zu kontrollieren.

Nachdem es bisher darum gegangen war, den Vormarsch des IS zu stoppen, soll er nun zurückgedrängt werden. Damit stellt sich aber auch die Frage, was mit den befreiten Gebieten geschieht und wie sie stabilisiert werden sollen. Neu aufzustellende Nationalgarden sollen auf regionaler und lokaler Ebene helfen, die befreiten Gebiete zu sichern, aber das Verhältnis dieser Einheiten zu Bagdad wird mit Sicherheit spannungsgeladen sein und war bereits ein Grund für das Scheitern der Allianz von

2006/07, als sich sunnitische Stämme gemeinsam mit den Amerikanern gegen die Extremisten des IS (damals al-Kaida im Irak) wandten. Somit verspricht die irakische Offensive deutlich politischer und komplexer zu werden als die bisherige Luftkampagne gegen den IS.

Andere Logiken: Syrien und Irak

Krieg ist, so das bekannte Diktum des preussischen Militärtheoretikers Carl von Clausewitz, die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln. Eine Analyse der US-Kampagne muss daher die zugrundeliegenden politischen Ziele der USA betrachten. Dazu muss zwischen den Einsätzen in Syrien und Irak unterschieden werden. Zwar sind beide Staaten Operationsgebiete gegen den IS, und doch unterscheiden sich beide Länder erheblich mit Blick auf den Charakter des Gegners, die beteiligten Nationen, die Strategie der USA und schliesslich die politisch-militärischen Dynamiken des Konfliktes.

Syrien: Die USA weigern sich seit Beginn des syrischen Bürgerkrieges im Jahr 2011 offen in den Konflikt einzugreifen. Präsident Obama sieht offenbar keine Möglichkeit, durch den Einsatz von US-Streitkräften den Verlauf des syrischen Bürger- und Stellvertreterkrieges in seinem Sinne beeinflussen zu können und fürchtet zudem, in den Konflikt «hineinzuschlittern». So beschränkte sich Washington bisher auf eine im Umfang begrenzte Ausbildung und Ausrüstung einer kleinen Zahl «moderater» Rebellen und die Unterstützung des diplomatischen Prozesses, der seit der

Konferenz von Montreux 2014 vorerst als gescheitert gilt. Das dennoch geäusserte Ziel einer Absetzung von Bashar al-Assad scheint in weite Ferne gerückt. Insgesamt war die Entscheidung Obamas vom Sommer 2013, nach dem Chemiewaffeneinsatz von Damaskus nicht seine «rote Linie» zu verteidigen und militärisch einzugreifen, der bisher womöglich folgenschwerste Fehler Washingtons in diesem Konflikt. Die Beseitigung der Chemiewaffen, sicherlich ein Abrüstungspolitischer Erfolg, hat die militärischen Fähigkeiten der syrischen Armee nicht nennenswert beeinträchtigt, Präsident Bashar al-Assad jedoch politisch gestärkt. Die ohnehin geschwächte Glaubwürdigkeit der USA, Grundlage ihrer Aussenpolitik, wurde zudem weiter unterminiert.

Der syrische Teil der Operation *Inherent Resolve* beruht auf einer zumindest diskussionswürdigen völkerrechtlichen Basis. Zudem sehen lediglich Staaten der Region in Syrien eigene Interessen bedroht und sind bereit, einzugreifen. Die internationale Koalition, die Ziele in Syrien angreift, umfasst daher neben den USA auch Bahrain, Jordanien, Saudi-Arabien, Marokko und die Vereinigten Arabischen Emirate – sunnitisch dominierte Staaten, die traditionell Partner der USA sind, aber zumeist ebenso traditionell eine regionale Vorherrschaft des Iran ablehnen, der in Syrien über das Regime von Assad, die Hisbollah und wohl auch eigene Kräfte Kriegspartei ist.

In den Blickpunkt der Medien rückten vor allem die US-Luftschläge gegen den IS rund um Kobane. Am Beispiel dieser syrisch-kurdischen Stadt nahe der türkischen Grenze wird die Logik des US-Einsatzes in Syrien deutlich – in Irak wollen die USA den Kriegsverlauf gestalten, in Syrien noch nicht. Kobane besass für sich genommen nur geringen strategischen Wert, was das anfängliche Zögern der USA erklärt. So wie sie bisher nicht eingriffen, wenn syrische Städte an eine Kriegspartei fielen und Massaker drohten, weigerten sie sich auch in Kobane, sich vom IS diktieren zu lassen, wann sie einzugreifen hätten. Erst als klar wurde, dass der IS die Einnahme der Stadt zur Priorität erklärte, entschlossen sich die USA zum konsequenten Eingreifen und fügten dem IS wohl hohe Verluste zu. Wäre Kobane eine kurdische Stadt im Norden des Irak gewesen, so hätten die USA mit Sicherheit früher und in Koordination mit den kurdischen Einheiten interveniert.

Zudem zielen die US-Angriffe in Syrien Berichten zufolge auf die so genannte *Kho-*

rasan-Gruppe, einem Netzwerk aus Mitgliedern der Kaida und der syrischen Nusra-Front, das Anschläge im Westen vorbereiten soll. Darüber hinaus möchten die USA nicht weiter im syrischen Bürgerkrieg intervenieren. Sie haben keine verlässlichen Partner am Boden und zudem würde jedes aktive Vorgehen gegen die Truppen Assads, auf das unter anderem auch die Türkei drängt, im Iran als feindlicher Akt der USA wahrgenommen.

Der Einsatz der USA in Syrien zielt somit nicht auf einen realistischen politischen Endzustand – der angesichts des komplexen und blutigen syrischen Krieges auch nur schwer zu formulieren wäre. Damit gibt es über eine strategische Schwächung des IS sowie die Bekämpfung der *Khorasan*-Gruppe und einzelnen Individuen hi-

In Irak wollen die USA den Kriegsverlauf gestalten, in Syrien noch nicht.

naus keinen politischen Zweck, den die Militärschläge erreichen könnten. Die Luftschläge in Syrien sind daher für die USA von sekundärer Bedeutung.

Irak: Der Kampf gegen den IS in Irak ist im Grunde eine Fortsetzung des Irakkrieges von 2003–2011. Sowohl die beteiligten Parteien als auch die Kriegsgründe sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht wesentlich anders als jene von 2006/07, der Phase der heftigsten Kämpfe des Krieges. Die USA haben gegenüber dem Land fraglos eine besondere politische Verantwortung. Zudem besteht die völkerrechtliche Grundlage des Einsatzes in der expliziten Einladung der irakischen Regierung in Bagdad. Dieses solide politisch-rechtliche Fundament ermöglichte eine internationale Koalition, an der sich auch westliche Partner – darunter Kanada, Grossbritannien, Frankreich, Dänemark und Deutschland – in unterschiedlichem Masse beteiligen. Arabische Staaten hingegen sind nicht im Einsatz. Angesichts einer schiitisch geführten Regierung in Bagdad und der Präsenz iranischer Militärberater an entscheidender Stelle wäre ein Einsatz der «syrischen Koalition» auch unwahrscheinlich.

Anders als in Syrien gibt es in Irak eine politische Zielvorstellung, auf den sich alle im Einsatz beteiligten Gegner des IS im Grundsatz einigen können: Einen funktionierenden, föderalen Irak in seinen völker-

rechtlichen Grenzen, in dem der IS keine existenzielle Bedrohung darstellt – im Prinzip einen verbesserten «Status quo ante» von 2011. Aus diesem Grund haben die USA eine inklusive Regierung in Bagdad und eine Ablösung von Ministerpräsident Nuri al-Maliki zur Voraussetzung von Militärhilfe gemacht. Sie drängen auf einen möglichen, wenn auch schwierigen Ausgleich zwischen Bagdad und der Region Kurdistan in einem Konflikt, der sich vor allem um die Aufteilung der Öleinnahmen und die Zukunft des traditionell von den Kurden beanspruchten und nun von ihnen kontrollierten Kirkuk dreht. Zudem hoffen die USA, durch politische Reformen und die Aufstellung von Nationalgardien die Unterstützung der Sunniten zu gewinnen und sie dazu bewegen zu können, sich wie schon 2006 und 2007 gegen den dschihadistischen Radikalismus zu stellen. Bedeutende sunnitische Kräfte fühlten sich von Bagdad jedoch um die Früchte der Kooperation von damals betrogen; ob es nach dieser sunnitischen Enttäuschung nochmal gelingt, sie zur Kooperation zu bewegen, bleibt abzuwarten. Der IS jedoch kennt die Gefahr und antwortet daher mit roher Gewalt und Hinrichtungswellen gegen irakische Stammesmitglieder, die sich gegen ihn auflehnen.

Im Gegensatz zu Syrien ist der IS in Irak keine rein militärische Bedrohung: Der Vormarsch des IS vom Sommer 2014 und seine Verwurzelung in sunnitischen Hochburgen wie Falludscha sind in grossen Teilen Ausdruck eines von Sunniten getragenen Aufstandes gegen eine schiitisch geführte Zentralregierung in Bagdad. Der Schlüssel zum Erfolg liegt für die USA daher in einer tragfähigen Machtteilung zwischen den ethnischen und konfessionellen Bevölkerungsgruppen in Irak. Gelingt es den USA, Bagdad und die Regionen zu bedeutenden politischen Konzessionen zu drängen, Auswüchse konfessioneller Gewalt einzugrenzen und dem Iran zu bedeuten, dass eine inklusive Regierung in Bagdad, naturgemäss schiitisch geführt, auch in seinem Interesse liegt, dann ist ein schneller militärischer Zusammenbruch des IS in weiten Teilen des Landes möglich. Scheitern die politischen Massnahmen, so ist die militärische Kampagne praktisch aussichtslos.

Geringer Spielraum in der Region

Das Vorgehen Obamas gegen den IS wird dann verständlich, wenn man sich die zugrundeliegenden Parameter vergegenwärtigt.

tigt. Washington ist dadurch bedeutenden Handlungszwängen unterworfen, die inhärente Widersprüche unumgänglich machen.

Erstens wollen die USA keine bestehenden Grenzen verändern. Der IS eröffnet explizit die Aussicht auf eine Neuordnung des Mittleren Ostens. Die bisherigen Grenzen, grösstenteils von europäischen Kolonialmächten gezogen, haben Konflikte und Kriege in der Vergangenheit mit Sicherheit nicht verhindert, aber eingehegt und zu meist in staatlich kontrollierte Bahnen gelenkt. Stabile Grenzen sind notwendige Bedingung von bestehenden – oder Eckpfeiler erhoffter – Friedensordnungen in der Region. Sollte diese Ordnung grundlegend infrage gestellt werden, droht eine blutige Neuordnung der Grenzen und im schlimmsten Fall ein «Arabischer Dreissigjähriger Krieg»: Ein Konflikt, der sich durch zyklische Gewalt, Stellvertreter- und Religionskriege und eine sich verselbständigende Gewaltspirale auszeichnet. Eine Aufspaltung Syriens oder des Irak, zum Beispiel durch eine Ermutigung der Kurden zur Sezession, lehnt Washington daher bisher strikt ab.

Zweitens wollen die USA den aufstrebenden Iran einhegen. Teheran gehört insgesamt zu den grossen geopolitischen Gewinnern der amerikanischen Invasion von 2003 und eine schiitisch-iranische Vorherrschaft über bedeutende Teile der Region ist nicht mehr unwahrscheinlich. Die USA können und wollen dies nicht mehr verhindern, wohl aber einhegen und durch sunnitische Mächte ausgleichen. Dazu gehört nicht zuletzt die Ablehnung jeglicher Kooperation mit Bashar al-Assad – auch wenn der Kampf gegen den IS dem syrischen Machthaber in die Hände spielt. Verkomplizierend tritt hinzu, dass der Iran, welcher in beiden Ländern in erheblichem Umfang militärisch aktiv ist, in Irak prinzipiell auf der Seite der US-geführten Koalition kämpft, in Syrien jedoch gegen diese. Eine militärische Kooperation zwischen den USA und Iran, die mit Sicherheit informell und zumindest indirekt bereits stattfindet, ist somit zunächst notwendigerweise auf den Irak beschränkt. Höchste

Priorität haben für Washington ohnehin noch immer die Nuklearverhandlungen mit Teheran, die nun bis Juni 2015 verlängert wurden. Obama ist bisher nicht bereit, einen Erfolg in dieser Frage zu riskieren und offener gegen iranische Interessen in Syrien vorzugehen.

Drittens sollen keine amerikanischen Kampftruppen als Hauptträger der Operationen eingesetzt werden. Aus innen-, aussen- und militärpolitischen Gründen schliesst Obama dies bisher aus. Zwar ist es durchaus möglich, dass auch in Syrien bereits Spezialkräfte der USA im Einsatz

Obama bleibt ein Pragmatiker der Aussenpolitik, der angetreten war, Kriege zu beenden, nicht jedoch, neue zu beginnen.

sind, innenpolitisch wäre die US-Bevölkerung aber wohl nicht bereit, signifikante Verluste in einer Region zu akzeptieren, in der zwischen 2003 und 2011 bereits rund 4500 US-Soldaten gefallen sind. Aussenpolitisch wollen die USA nicht die Kriege von Partnern ausfechten, die nicht ihre vitalen Interessen berühren. Militärisch-operativ schliesslich hat die Erfahrung in Irak den USA zudem den langfristig beschränkten Nutzen eigener Truppen in einem kulturellen und politisch diffizilen Umfeld aufgezeigt.

Die amerikanische Militärberatung für die irakische Armee ist daher weniger tatsächliche Ausbildung – in Irak herrscht kein Mangel an Expertise im Umgang mit gängigen Hand- und Panzerabwehrhandwaffen – als vielmehr Koordination amerikanischer Luftmacht und Kontrolle der irakischen Armee sowie insbesondere der oftmals mit ihr kooperierenden schiitischen Milizen. Auch bei der Unterstützung der Kurden im Irak geht es letztlich nicht um tatsächliche Ausbildung durch europäische Soldaten: Zwar sind leistungsfähige Panzerabwehrwaffen wie die deutsche *Milan* eine wichtige Ergänzung der kurdischen Bewaffnung, und hier ist Ausbildung vonnöten. Darüber hinaus

liegt das Interesse der Kurden jedoch in der tatsächlichen Präsenz von ausländischen Soldaten und damit der politischen Verpflichtung zur Unterstützung. Eine heute attraktiv wirkende Ausbildungsmission am Boden bringt damit langfristig womöglich erhebliche Folgen mit sich.

Barack Obama hat wiederholt deutlich gemacht, dass der IS eine Bedrohung von Partnern in der Region und amerikanischen Interessen darstelle, aber erst langfristig zu einer direkten Bedrohung der USA werden könne. Damit signalisiert er, dass dem Handeln der USA bewusst Grenzen gesetzt sind und er nicht bereit ist, die Kriege anderer Staaten zu führen. Auch im Konflikt mit dem IS bleibt Präsident Obama ein Pragmatiker der Aussenpolitik, der angetreten war, Kriege zu beenden, nicht jedoch, neue zu beginnen. Und bis auf wenige Ausnahmen gibt es auch im US-Kongress wenige Kritiker, die tatsächlich bereit wären, die genannten Parameter zu ändern und beispielsweise durch ein Drängen auf kurdische Unabhängigkeit oder eine Entsendung von Militärberatern nach Syrien unabsehbare Folgekosten in Kauf zu nehmen.

Insgesamt scheint in Irak ein Erfolg der militärischen Kampagne angesichts erreichbarer politischer Ziele somit prinzipiell möglich. In Syrien ist ein solches politisches Ziel und damit ein über die Schwächung des IS hinausgehender Erfolg nicht in Sicht. Auf absehbare Zeit scheinen die USA nicht bereit, die Parameter ihrer Kampagne zu hinterfragen. Erst dann würde eine grundlegend andere Strategie möglich – allerdings eine Strategie mit unabsehbaren Folgen für die Region.

Dr. Martin Zapfe leitet am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich das Team «Globale Sicherheit».

Diese CSS-Analyse erscheint gemeinsam mit «Das Neo-Kalifat des Islamischen Staates» (Nr.166)

Die **CSS Analysen** zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Christian Nünlist und Matthias Bieri
Lektorat: Tashi Dolma Hinz
Layout und Infografiken: Miriam Dahinden
ISSN: 2296-0236

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Bezug und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Letale autonome Waffensysteme als Herausforderung Nr. 164
Internet-Gouvernanz: Zeit für ein Update? Nr. 163
Irreguläre Einwanderung als Herausforderung für Europa Nr. 162
Die Nato nach Wales: Wie weiter mit Russland? Nr. 161
Separatismus in der EU Nr. 160
Die EU-Politik zur Sicherung der Gasversorgung Nr. 159